

**Bezugspreise:**  
Im Jahr monatlich 1.20 Mk., vierteljährlich 2.70 Mk., halbjährlich 5.40 Mk., jährlich 10.80 Mk. Postgebühren abgesehen. Einzelhefte 1.20 Mk. Postgebühren abgesehen. Auslandsendungen 1.50 Mk. Postgebühren abgesehen. Einzelhefte 1.50 Mk. Postgebühren abgesehen. Einzelhefte 1.50 Mk. Postgebühren abgesehen.

Abend-Ausgabe.

# Volke-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 70 Pf. Familien- u. kleine Anzeigen (persönliche Gelegenheitsangelegenheiten) 40 Pf. Anzeigen die 24 mm breite Mittelzeile 2.00 Mk. Bei Beibehaltung ersatzlos 11. Auf Anzeigenbedingungen, Anzeigen nahmen an unsere Geschäftsstelle. Familien-Anzeigen. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Dr. Braunauerstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 229 15.

Nr. 472.

Halle, Sonnabend, den 8. Oktober 1921.

Einzelblatt 40 Pf.

## Kathenau über Wiesbaden.

Die „europäische Gemeinschaftsfrage“.  
Wie schon im Morgenblatt kurz mitgeteilt, empfing in Wiesbaden Dr. Kathenau am Freitag nachmittags nach der Unterzeichnung der Nebenabkommen die Vertreter der Presse, denen er folgende Erklärungen abgab:  
„Seit Jahren zum ersten Male ist dies eine Verhandlung, bei der jeder Teil aus dem Interesse des anderen Rücksicht genommen und bei der ein freies und nicht diktiertres Abkommen das Ergebnis war, das ganz auf rein geschäftlichen Wege erzielt wurde. Beide Parteien herstellten der französischen Gebiete zu beschleunigen. Es ist nun Frankreich bereits viel für den Wiederaufbau geleistet worden; viel mehr aber noch bleibt zu tun übrig, nicht nur im französischen Interesse, sondern im Weltinteresse, damit diese schwersten und gefährlichsten Spuren des Krieges verschwinden. Weltweit liegt symbolische Bedeutung darin, daß beide Nationen, die sich in vielen aufeinanderfolgenden Kriegen bitter bekämpft haben, zum ersten Male sich vereinigen zu einem wirksamen Lebenswerk. Deutschland bringt, um dieses Werk zu ermöglichen, ein schweres Opfer, und gerade dies wird von dem, der nicht mit Vertrauen tiefer in das Abkommen eindringt, uns zum schwersten Vorwurf gemacht werden. Es ist wahr, daß Deutschlands Lage derzeit ist, daß es sich nicht danach drängen sollte, den Bann der Pflichten, wenigstens anderen Ländern gegenüber, die von Deutschland Leistungen zu erwarten haben. Aber wenn man berücksichtigt, daß die Geldlieferungen so schwer auf Deutschland lasten, als irgend eine andere Bürde, und daß bei der Fortdauer der Geldlieferungen die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der Staatsfinanzen notwendig ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die teilweisen Fortsetzungen finanziell weitmas das kleinere Übel sind. Durch das Abkommen wird nicht nur der Wiederaufbau gefördert, sondern auch ein erheblicher Teil der deutschen Leistungen aus Gold- und Silbervorräten entlastet, das wiederum ermöglicht, daß der deutschen Tätigkeit entgegen werden wird. Das Interesse an der Wahrung ist nicht nur auf Deutschland und Frankreich beschränkt, um dieses Werk zu ermöglichen, ein schweres Opfer, und gerade dies wird von dem, der nicht mit Vertrauen tiefer in das Abkommen eindringt, uns zum schwersten Vorwurf gemacht werden. Es ist wahr, daß Deutschlands Lage derzeit ist, daß es sich nicht danach drängen sollte, den Bann der Pflichten, wenigstens anderen Ländern gegenüber, die von Deutschland Leistungen zu erwarten haben. Aber wenn man berücksichtigt, daß die Geldlieferungen so schwer auf Deutschland lasten, als irgend eine andere Bürde, und daß bei der Fortdauer der Geldlieferungen die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der Staatsfinanzen notwendig ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die teilweisen Fortsetzungen finanziell weitmas das kleinere Übel sind. Durch das Abkommen wird nicht nur der Wiederaufbau gefördert, sondern auch ein erheblicher Teil der deutschen Leistungen aus Gold- und Silbervorräten entlastet, das wiederum ermöglicht, daß der deutschen Tätigkeit entgegen werden wird.“

## Aus den Parteien.

### Das alte Spiel.

In den Forderungen, welche die Deutsche Demokratische Partei für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung gestellt hat, geht bekanntlich unter anderem auch die, daß die Deutsche Volkspartei mit ihrer alten Agitationsmethode in Presse und Versammlungen im Lande drängen werden müsse. Allein, ehe sie noch in der Regierung betreten ist, nimmt man von der Deutschen Volkspartei diese Forderung wieder auf. So hat am 5. d. Mts. der Reichstagsabg. Dr. Gildemeister in einer Mitgliederversammlung des D. Sp. in Bremen eine Rede gehalten, in der das Verlangen nach Weimar als „ein Sammelzentrum der teils veralteten Ideen von 1848 und der französischen Revolution“ bezeichnet, was bekanntlich aber die Deutsche Volkspartei jetzt nicht an der Erklärung geändert hat, daß sie auf dem Boden dieser Forderung steht. Wenn Herr Dr. Gildemeister die Gelegenheit benützt hat, seine Partei nicht herauszufordern, so ist das sein gutes Recht. Die Befahrung aber, die völlig Nationalität der Regierung und zwar aller in der vertretenen Parteien habe den Wunsch ausgeübt, die Volkspartei möge doch wieder in die Regierung eintreten, zeigt weder von besonderer Schamhaftigkeit, noch Wachsamkeit, daß sich lediglich Herr Dr. Gildemeister bei der Aufzählung der Forderungen die von der Reichspartei abgelehnt nichts mehr übrig, gebadet hat, ist kein Geheimnis. Die führende Partei in der Regierung“, als die Dr. Gildemeister die Deutsche Volkspartei klugig sich, überdies ebenfalls die Koalitionsbildung mit solchen Treibern gerecht wenig. Dieses mehr Disziplin sollte man von ihr erwarten dürfen.

Während, wie wir aus parlamentarischen Kreisen ersehen, die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei sich einmütig auf den bekannten Standpunkt gestellt

hat, den der Abg. Kahl im Uebervorschauauschuß des Reichstages vertreten hat, muß mit diesen Duettreibern im Lande ein für alle Mal Schluss gemacht werden.

## Kundgebung der deutschen Liga für den Völkerbund.

Essen, 7. Oktober. Der Beschluß der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die Reichswehr abzugeben, nötigt die Deutsche Liga für den Völkerbund, ihre Meinung folgendermaßen auszudrücken.

Wir treten für eine internationale Rechtsordnung im Sinne des Völkerbundes ein. Deren Voraussetzung ist eine geistliche Ordnung. Für den einzelnen Staat ist Selbsterhaltung Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit. Wer den Staat unter den heutigen Umständen die nötigen Mittel dazu nehmen will, will ihn zugleich der Möglichkeit berauben, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, wie sie für die Mitglieder des Völkerbundes die Völkerverpflichtung stellt. Es handelt sich besonders um die Quantitätsregelung gegen Rechts- und Friedensbrecher. Die Friedensgesellschaft hat also mit dem Beschluß den Boden, worauf allein unsere Arbeit Sinn und Zweck hat, verlassen. Die Deutsche Liga für den Völkerbund muß daher den Beschluß aufschärfte verurteilen. Sie wird ihn auf entschiedene Befassung. Daran kann die abgemähte Interpretation der Entstehung als widersprüchlicher Vorgang nichts ändern. Angesichts der Rolle, welche die Friedensgesellschaft bei der Vorbereitung und Durchführung des gegenwärtigen Pazifikkongresses spielt, bei der geistlichen Aufeinanderfolge und der im wesentlichen gleichen Teilnehmerhaftigkeit bei den Tagungen ist die Deutsche Liga für den Völkerbund nicht in der Lage, Vertreter in das Präsidium des Kongresses zu entsenden.

Die Abgabe dieser Erklärung rief eine heftige Bewegung hervor.

## Die Verhandlungen des Völkerbundrates

Über Oberösterreich sind entgegen den Meinungen der letzten Tage noch nicht abgeschlossen. Die Vorarbeiten der Viererkommission gehen aber ihrem Ende entgegen und es ist nach verschiedenen sehr ersten Angaben leider mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die in diesem letzten Stadium in Erwägung gezogenen Lösungsmöglichkeiten auf eine Teilung des Andurfergebietes hinauslaufen, was nicht nur eine Vergemeinschaftung der in der Abstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche des oberösterreichischen Volkes bedeuten würde, sondern auch eine wirtschaftliche Katastrophe nach sich ziehen müßte. In jedem Falle ergeht die Hoffnung, daß eine für Deutschland annehmbare Entscheidung zustande kommen könnte, kaum mehr gerechtfertigt.

Königsgrütze, 7. Oktober. Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften von Königsgrütze haben folgendes Telegramm an den Völkerbundrat in Genf geschickt:

Die Bevölkerung von Königsgrütze wendet sich in letzter Stunde an den Völkerbundrat mit der Bitte, die über 50 000 Einwohner zählende größte Stadt Oberösterreichs beim Deutschen Reich zu belassen. Die Abstimmung ergab 74 Prozent der Stimmen für A. u. S. d. Die Größtenteile aller Kreise der Bevölkerung wuzelt in der Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschaftsgebiet. Ihr verbannt die Stadt ihr schnelles Aufblühen. Sie würde die Teilung mit dem Untergang ihres gesamten Wirtschaftslebens bezahlen. Wir vertrauen, daß die Unterteilung Oberösterreichs die uns im Vertriebsvertrag garantiert ist, die Grundlage für die baldige Entscheidung bleiben wird.

## Der neue Münchener Polizeipräsident.

München, 7. Okt. Zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion München wurde der Ministerialrat im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, Eduard Kory, ernannt. Der neue Polizeipräsident ist geboren am 17. September 1868 in der Pfalz. Seine erste Anstellung erhielt er am 1. Juni 1887 als Beiratsassessor im Schwabensauern. Nachdem er als Regierungsassessor in Tübingen und als Beiratsassessor in Stuttgart gewirkt hatte, wurde er Mitte April 1915 aus der Stelle eines Regierungsassessors bei der Regierung der Pfalz in das damalige Ministerium des Innern berufen. Er trat mit der Errichtung des Handelsministeriums in dieses über. In der Zeit des Rapp-Rufhages im März 1920 wurde er von der Staatsregierung als Staatskommissar für Nordbayern ernannt. Im August 1920 war er mit der Stelle des Landeskommissars für die Entwurfung betraut. Zurzeit befehligt er die Stelle des Staatskommissars für das Hilfswerk in Oppau. Ministerialrat Kory hat sich zur Übernahme des schwierigen und verantwortungsvollen Amtes des Polizeipräsidenten entschlossen, das für ihn keine obliegende Beförderung bedeutet und bekanntlich, daß ein Bewerber in seiner Zeit sich aus dem vormaligen Amtswort im Interesse des Staates nicht entsagen darf. Er wird mit seinen bisherigen Leistungen die Gewähr geben, daß die Münchener Polizeibehörde unter seiner Leitung Recht und Ordnung walten wird.

## Scheu vor der Verantwortung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist notwendig, einmal näher das Verhalten der sozialdemokratischen Kreise beider Richtungen in der Frage der Regierungsbildung zu betrachten. Obwohl eine rasche Regelung diesmal mehr als je im Lebensinteresse Deutschlands lag, ist die Regierungsbildung sowohl im Reich wie in Preußen von den Sozialdemokraten hinausgeögert worden. Die wachsende Opposition gegen den Götlicher Beschluß hat die Mehrheitssozialisten zu der bekannten Anfrage an die Unabhängigen verführt. Die Unabhängigen hinwiederum wagten nicht, sich klar darüber auszulassen, ob sie mit bürgerlichen Parteien überhaupt in eine Koalition gehen wollten und insbesondere, ob sie in eine Regierung eintreten würden, der auch die Deutsche Volkspartei angehört. Die Deutsche Demokratische Partei hat von Anfang an die ganze Frage der Regierungsbildung ausschließlich von sachlichen Gesichtspunkten aus betrachtet. Sie hat darum bereits in ihrer Vorstandssitzung vom 11. September gesagt, daß keine Partei zurückzuführen werden darf, die sich um Schluß der Verfassung und zur Mitarbeit an der Erfüllungspolitik bekümmert. Wenn jetzt Herr Hermann Müller im Namen der mehrheitssozialistischen Partei bei den Demokraten anfragte, ob sie einer Einbeziehung der Unabhängigen zustimmen würden, so bedeutet es eine außerordentliche Förderung der ganzen Regierungsbildung, wenn Reichsminister a. D. Koch im Namen der demokratischen Reichstagsfraktion die schriftliche Erklärung abgab, daß die Demokraten niemanden zurückstoßen werden und wollen, der die beiden erforderlichen Voraussetzungen für eine Mitwirkung erfüllt. Niemand hat die Deutsche Demokratische Partei ebensowenig wie das Zentrum einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die große Koalition aus rein sachlichen Gründen erklärt. Die Steuerfragen und die Verfassung durch die staatlichen Maßnahmen sind nur über, wenn die produktionen Schichten des Landes sich für die erfolgreiche Durchführung jener großen wirtschaftlichen Maßnahmen einsetzen. Ein großer Teil der Steuerministerie liegt in der Deutschen Volkspartei ihre politische Vertretung und es ist darum ein wichtiges sachliches Ergebnis, daß die Deutsche Volkspartei an der Regierung beteiligt wird. Die Volkspartei hat auch durch den Mund von Dr. Kahl und Dr. Stresemann ungewöhnlich erklärt lassen, daß sie jede gewalttätige Aenderung unserer Verfassung verurteilt, daß sie weiterhin bereit ist, für den Schluß der Verfassung durch die staatlichen Maßnahmen einzutreten. Will die S. P. D. die U. S. P. an der Regierung beteiligen, so ist es klar, daß von den Unabhängigen die gleichen triftigen Erklärungen zum Schluß der Verfassung abgegeben werden müssen, zumal ja die U. S. P. programmatisch auf dem Boden des Rätepfahms steht. Und es ist ferner unerlässlich, daß die U. S. P. klar herauszugeben muß, ob sie aus parteipolitischen Gründen der sachlich notwendigen Einbeziehung der Volkspartei widerspricht. Die Haltung der Demokraten ist also nach jeder Richtung hin sachlich gerechtfertigt.

Was aber tun die beiden sozialdemokratischen Parteien? Sie lassen durch ihre Berliner Blätter „Vorwärts“ und „Freiheit“ Erklärungen verbreiten, die harte Zweifel an der Bereitschaft, sachlich mitzutreten, erregen müssen. Die demokratische Richtung wird als ein Ausweichen hingestellt, obwohl sie gerade im Gegenteil in konkreter Form auf eine Klärung dringt. Ein Ausweichen liegt lediglich in der Auffassung der beiden sozialdemokratischen Blätter. Bei den Unabhängigen ist es einmütig erklärlich, daß sie sich um eine bündige Erklärung drücken möchten. Von Anfang an mußte ihr Verhalten den Verdacht erwecken, daß sie den Götlicher Beschluß agitatorisch ausbeuten wollten. Das jetzt aber auch der „Vorwärts“ dieses Ausweichen der Unabhängigen unterführt, läßt doch sehr den Verdacht aufkommen, daß die Sozialdemokratie unter einem billigen Kommando sich der breiten Koalition entgegenstellen möchte. Offenbar fürchtet sie, daß der Götlicher Beschluß stärkere Opposition in ihren Reihen findet, als ihre Führer zu erwarten vermöchten. Aber es geht doch nach wie vor nicht an, die Haltung im Zentrum und Demokraten der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegenzusehen. Aber sie haben die Pflicht, die sozialdemokratischen Witzelzüge mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen, und besonders auch die Arbeiterschaft auf die wahre Sachlage hinzuweisen. Gerade jetzt zeigen sich im Hinblick auf die Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens und der wachsenden Furcht in Amerika und England, erstreckt sich auf die Bestimmung unserer Volkswirtschaft. Eine Regierungsbildung auf breiter Grundlage getragen von einer positiven und weitreichenden Erfüllungsprogramm könnte diese Ängste sehr wohl in der Richtung einer beginnenden Gesundung fortentwickeln. Das wäre für Deutschland nicht nur ein ungeheurer Fortschritt, sondern vor allem auch für seine arbeitenden Schichten eine große Wohltat. Schämmer als alle Steuern wird auf Beamte, Angestellte und Arbeiter die fortwährende Geldentwertung. Wer zu begreifen, ist augenblicklich die wichtigste Frage für die arbeitenden Massen. Die Sozialdemokratie verweigert die Interessen ihrer Mitglieder, wenn sie jetzt eine bündige Klärung vor einem selbstverständlichen Einverständnis ihrer Mitglieder bei der Mitbestimmung scheitern. Sie hätte alles Mögliche zu tun, die unheilvolle Lähmung der Unabhängigen zu beenden. Der „Vorwärts“ aber tut das Gegenteil. Er verweigert die Interessen seiner Mitglieder, wenn sie jetzt eine bündige Klärung vor einem selbstverständlichen Einverständnis ihrer Mitglieder bei der Mitbestimmung scheitern.

herum, ob sie auch ohne Unabhängigkeit die große Reaktion mitmachen wollen. Aber das Bedenken ist das, dass diese Erklärung bald und unabweisend erfolgt.

**Verständigung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei.** In einer in Berlin abgehaltenen Versammlung der Unabhängigen sprach der Unabhängige Dr. Bretschneider über die Regierungsbildung. Er verurteilte den föderalistischen Vorschlag, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen; auch lehnte er eine Beteiligung der Unabhängigen an der Regierungsbildung zusammen mit der Deutschen Volkspartei ab.

### Fundierung der europäischen Schulden?

Washington, 8. Okt. In einer Rede, die Schatzsekretär Mr. Mellon vor dem Ausschuss für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses hielt, empfahl er dem Kongress dringend eine mögliche baldige Aktion, die dem Schatzkanzler Vollmacht gebe, Verhandlungen zur Fundierung der ausländischen Schulden an die Vereinigten Staaten im Gesamtbetrag von nahezu zehn Milliarden Dollar sobald wie möglich einzuleiten. Amerika müsse mit den anderen Gläubigern zusammenwirken bei der Festlegung eines Planes für die Regelung.

Aus Kantonien liegen ähnliche Kundgebungen vor. Paris, 8. Oktober. In einer Rede sagte der amerikanische Handelsattaché Hoover laut „Chicago Tribune“ u. a.: Wenn unsere Großausfuhr sich nicht entschließen, an den Ländern Interesse zu nehmen, die mit fiskalischen und finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, so haben wir zu erwarten, durch Verluste auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigung unserer Bevölkerung tausendfach dafür zu bezahlen. Es scheint mir, daß die großen Notenbanken, die General-Reserve-Bank, die Bank von England, die Bank von Spanien es als zu ihrem Bereich betrachten sollten, insoweit einen Plan für die Befreiung der Welt zu organisieren. Ein solcher Plan würde zur Wiederherstellung der ersten Vorbereitungen des Wirtschaftslebens führen. Die Führerschaft dieser Banken würde vielleicht ausländisches Kapital dazu ermutigen, um die gewünschte Stabilität zu verschaffen.

### Die polnischen Insurgenten gegen Kongreßpolen.

Der Verband der ehemaligen polnischen Insurgenten in Opatow erklärt einen Aufruf, in dem auf das schärfste Stellung gegen den Aufruf an Polen genommen wird. Es kommen darin folgende Sätze vor:

Eine Vereinigung unserer oberflächlichen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongreßpolen ist nicht unser Bruder. Er steht uns wie ein Fremder gegenüber. Wir Kampfer beim letzten Aufstand haben dies am eigenen Leibe erfahren müssen. Worin bestand der Dank? Keine Wohnung, schlechte Verpflegung, gemeine Behandlung, Foltertritte statt Lohn. Das trieb uns zur Selbsttötung. Kaubüßig wurden viele unserer Kameraden von den Kongreßpolen hingerichtet. Noch heute schreit mancher Oberflächler als Geringerer in der Polener Hölle. Wir aber haben noch immer Kongreßpolen in unserer Mitte. Noch ist Warschau nicht der Herr Oberflächler. Aber in unseren besten Stellen sitzen Leute aus Warschau, Krakau und Posen, die durch ihr freches und unerschrockenes Benehmen besonders unseren oberflächlichen Schwärmern gegenüber uns zum Feind geworden sind. Wir wollen los von Warschau. Sinaus mit den Kongreßpolen aus Oberflächeln. Das ist die Forderung von über 8000 oberflächlichen polnischen Insurgenten.

**Unterhaltungsbeltage der „Sankt-Geitung“.** Sonntag, 8. Oktober. Inhalt: Die Liebe des jungen Stillfried, Roman von Hermann Wagner. — Harmonie der Nacht, Gedicht von A. Wittling. — Zwiegespräch im Leseaal, von Arthur Jaer. — Schreien, von Hans Bauer. — Wägen Sie schon? von Professor Pflilon.

### Die Niederdeutsche Bühne in Halle.

Halle, den 8. Oktober.

Hell, Terofal, Degg. Die Köpfe des oberdeutschen Volkstheaters, waren vor dem Kriege oft in Halle und haben im Apollo- und im Volkshaus-Theater Angenauer und Ludwig Thoma und Keinerer Geister gespielt. Daß man sie in Halle immer mit besonderer Wärme aufgenommen hat, ist ein Beweis dafür, daß in vielen, die auf „Halle als Kunststadt“ zu schimpfen pflegen, gut daran täten, sich erst einmal an der eigenen Pläze zu fassen. Vom niederdeutschen Theater aber haben wir, soviel ich weiß, in Halle noch nie etwas zu sehen bekommen. Das Entschämte des Herrn Dr. Richard Ohnsorg aus Hamburg ist nicht gerade bekannt. Die paar hundert Menschen, die gestern in den Ektasialaal gingen, sind sicherlich nicht mit großen Erwartungen gekommen; aber was wir gesehen haben, war so außerordentlich erstreblich, daß man alles daran setzen mußte, die niederdeutschen Künstler fortan in einem alljährlichen langen Gastspiel zu verpflichten. Sie spielen ein Stück des vor kaum vierzehn Tagen verdorbenen niederdeutschen Dichters Hermann Böhndorf, einen Dreierakt, „Die Fährten“, dessen primitive Handlung durch die Primitivität der Technik und der Gestaltung wie psychologisch ausgereift wirkt. Die Lebensentstimmung des bürgerlichen Erbens mit der Sprache und der Technik geben dem Werk den Stempel. Diese Harmonien zwischen den Szenen nachhaltige Wirkung; daß am Schluss ein Beifall eintraf, wie man ihn in Halle nur selten hört, war selbstverständlich. Man beachtete nicht Bismarck, sondern Kunst. Die Spieler, fünf Personen, sind mit dem Stück verknüpft; wo das Spiel übertrieb, übertrieb auch sie, wo die Sentimentalität des Stoffes schwärmte, da schwärmten auch sie, wo das Volkstheater aber sich selbst grünte, da spotteten auch sie ihrer selbst. Richard Ohnsorg, ein Schwärmer und ein Reklame, eine Studie, an der es nichts mehr zu teilen gibt. Magda Blumen, das junge Weib, schön, lustig, leicht, herzlich, eben so lauter wie innerlich animalisch — Reiz

Unterzeichnet ist das Flugblatt mit: Franz Merit, Vorsitzender des Verbandes ehemaliger politischer Insurgenten, ehemaliger Insurgentenoffizier und Wismittkommandeur.

### Major Pabst als Führer der Tiroler Separatisten?

Wie in Wien verlautet, steht die Abtrennungsbewegung in Tirol unter der Leitung mehrerer reichsdeutscher Berufsmilitärs. Ihr erster Führer wird unter ihnen der aus dem Rapp-Kaufsch bekannte Major Pabst genannt, der in Tirol unter dem Namen Peter wirkte. Die Bewegung habe auch auf deutsches Gebiet übergriffen und trage in beiden Ländern vorwiegend deutschnationalen Charakter.

### Deutsches Reich.

Die Induzierten des Statistischen Amtes stellen fest, daß die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland im September gegen den Vormonat um 1,6 Prozent, gegen denselben Monat des vorigen Jahres sogar um 2,3 Prozent gestiegen sind. Bei der fortschreitenden Entwertung der Mark ist zu befürchten, daß die Teuerung, die schon kaum erträglich ist, sich noch weiter verschärfen wird.

Die Länge der Schulzeit an den höheren Schulen Sadjens. In Sadjen haben ebenso wie in anderen Ländern Beratungen über die Länge der Schulzeit an den höheren Schulen stattgefunden. Die eingehenden Erörterungen haben, wie wir hören, zu dem Ergebnis geführt, daß es hiesigen Landes bei der neuartigen Schulzeit leicht, wie auch in den meisten anderen deutschen Ländern. Hamburg hat eine Ausnahme gemacht und die Schulzeit auf acht Jahre reduziert. Inzwischen dürfte nach Kenntnis der hiesigen zuständigen Stellen auch die Hamburger Schulbehörde binnen kurzem wieder zur neuartigen Schulzeit zurückkehren.

Der Oberstaatsanwalt in Breslau veröffentlicht einen Erdbrief gegen den „deutschnationalen“ früheren Privatdozenten Dr. Kugel wegen Geheimbündel, Unlauterhaltung und verurteilten Mordes. Kugel, der als „Schmalkalder“ rechtsgerichtete Organisationen in Sadjen leitete, war auffallenderweise von dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Breslau wieder freigesprochen worden, auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat jedoch das Landgericht die Verurteilung beschlossen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften zeigt ein erfreuliches Wachstum dieser gemäßigten Gewerkschaftsrichtung. Die Mitgliederzahl stieg im vergangenen Jahre von einer Million auf 1 105 000, also um 9,6 Prozent. Erwähnung verdient, daß in dem Jahresbericht diesmahl über die Anziehungskraft neu belebter gelber Gewerkschaften Rede geführt wird. Als normalen Gewerkschaftsbeitrag der organisierten Mitglieder bezeichnet der Bericht 10 Prozent eines Stundenlohns. Das ist ein interessanter Weg, auf dem die Gewerkschaften sich von den Schwankungen der Papiermark unabhängig zu machen versuchen.

Die Oppauer Katastrophe. Das furchtbare Explosionsunglück in Oppau legt auch dem preussischen Staatsministerium die dringende Pflicht auf, alle Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, die eine Wiederholung eines solchen Maffinglücks zu verhindern geeignet sind und der Verbesserung der Unfallverhütungseinrichtungen dienen können. Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat daher bei der zweiten Beratung des Haushalts der Landes- und Gewerbeverwaltung einen Antrag eingebracht, daß der Landtag es für notwendig hält, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Betriebsleitern und den Betriebsräten in ständiger Fühlung bleiben, gemeinsam beraten, was zur Unfallverhütung ge-

tan werden muß und ihre Erfahrungen den zuständigen Regierungsstellen sogleich mitzuteilen, damit diese auf Grund der erteilten Gutachten und Vorschläge die notwendigen Schritte zur Unfallverhütung unternehmen können.

**Uebertriebener Eifer.** Der Fall Dominicus/Ziechen man hat die Kommunisten im Preussischen Landtag zu einer kleinen Anfrage veranlaßt, die Reichstagsoppositionsdemokratie hat aus durchsichtigen Gründen über diesen Fall sogar eine große Anfrage eingebracht. Unter diesen hat bekanntlich der Minister des Innern die nötigen Aufklärungen gegeben und die Akten zur Einsicht bereitgestellt. Der große Apparat der Linken ist daher unnötig in Bewegung gesetzt. Im übrigen scheint es uns, daß hier seitens des gemäßigtesten Reichspräsidenten in Breslau ein Verstoß gegen den sogenannten Antimparagrafen des Strafgesetzbuches begangen worden ist.

### Auslands-Rundschau.

Bankenkontrolle in Oesterreich. Der Nationalrat hat das Gesetz zur Kontrolle der Banken angenommen.

Der Fall der Österreichischen Krone, von der erst lausend so viel wert sind, ein einziges Papiermark wert, die ungeschickliche Teuerung, die dieser Umwertung gefolgt ist, hat, so wird erneut befürchtet, in den österreichischen Ländern zu verunsicherten Stimmungen geführt. Die Boson-Vien-Bewegung hat einen so starken Antriebs erhalten, daß ein Zerfall des Staates nahegelegen nahegerückt ist.

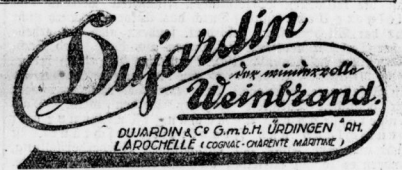
Eine friedliche Lösung der bursgenländischen Frage wird, wie die „Morning Post“ meldet, von der britischen Regierung gewünscht. England habe keine Truppen für eine Entsendung nach Mitteleuropa übrig.

Die Hinrichtung von 70 hervorragenden griechischen Christen, darunter eines Erzbischofs, durch die Kemalisten wird von englischen Blättern gemeldet.

Die englische Regierung hat 15 Millionen Pfund, d. h. 300 Millionen Goldmark zur Unterstützung der Arbeitslosen ausgegeben. Der Weisensatz zeigt, daß die Wirkungen des Krieges auch für England verheerend geworden sind.

Die Konferenz zur Hilfe für das hungernde Rußland ist in Brüssel zusammengetreten. Da neuerdings auch Frankreich auf England keine Unterstützung von der Anerkennung der Bolschewisten durch die Sowjetregierung abhängig machen will, ist wenig Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit dem furchtbaren Elend gehindert werden kann.

Nach Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedens sollen die amerikanischen Besatzungstruppen aus dem Rheinlande zurückgezogen werden. Obwohl gerade die Amerikaner unüberwindlich hoch an den Kosten beteiligt sind, wird trotzdem die rheinische Bevölkerung wenig bedrückt sein, wenn an ihre Stelle Belgier oder gar Franzosen treten.



Zu beziehen durch den Handel. — Bezugsquellennachweis durch das Generaldepot für Mitteleuropa: Herrn. Sasse, Magdeburg, Fernspr. 369 und 2671. Telegr.-Adr.: „Arminius“.

in der Diebstahlszene eine Botin von reichlichstolzer Vier, die Pabst gegen die Nebenbuhlerinnen eine Bekte. Der Knecht, John Röder, ein Spitzbube und Verbrecher mit einschüchterndem Gebahren; sein Theaterheld, eine lebendige Figur. Viel viel Podrandt, die Magd, ein reichendes Geschöpfchen voll ergreifender Unschuld. Arnold Risch der Galt — die physiologisch unüberliche Figur — ein riesiger Burche voll Kraft und Lust. Wir freuen uns auf den heutigen Abend, der Stabenhagens „Mudder Mens“ bringen wird. Martin Feuchtwanger.

Die Direktion des Stadttheaters schreibt uns: Auf das heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr im Stadttheater stattfindende letzte Gastspiel der Niederdeutschen Bühne „Mudder Mens“, Niederdeutsches Schauspiel von Fritz Stabenhagen mit dem einleitenden Vortrag „Das niederdeutsche Drama in Vergangenheit und Gegenwart“, von Otto Schabbel sei nochmals hingewiesen.

### Aufführung einer Mozartschen Jugendoper.

Karlstraße, 8. Oktober.

Wenn wir in summiert Erinnerung zum einjehnten die Kunst des zwölfjährigen Knaben hören, erklären wir uns das Genie von neuem als eine gewaltige Geisteskraft, die sich einem Menschen zum Werkzeug ausserhalb hat und in ihm ihren elementaren Ausdruck sucht, sobald seine physische Entwicklung es nur irgendwo erlaubt. Kein Wunder ist es, daß geniale Sterbliche, die an die außerordentliche Veranlagung des Knaben nicht glauben konnten, trotz aller Gegenbeweise eine Täuschung weitern wollten und alle Mittel anwandten, um die Aufführung der Oper des jungen Kontaranten zu hintertreiben, und so verdrängt Mozarts erste Oper „La finta semplice“ (Die verstellte Einfachheit) nach einer einzigen Aufführung in geschlossenem Kreise in Salzburg im Arduin alter, zur Belohnung verdammter Musikschüler. Aber Reiz und Intelligenz der Zeitgenossen hindert nicht ewig, das Genie steht sich immer durch, und so wurde Mozarts Jugendoper erst nach 152 Jahren dem Echo der Vergegenwartung entrissen und durch die Aufführung an Babischen Landese-

theater v. Karlstraße der deutschen Bühne wieder geschenkt. Der bekannte Musikschreiber Anton Kubold (Karlstraße), der sich schon durch die Neubearbeitung des „Titus“ als bewährter Mozartforscher erweist, gewann auch diese erste Oper Mozarts wieder zurück, indem er eine entsprechende deutsche Texturierung schuf. Jetzt erst wurden wir gewahrt, wie schade es gewesen wäre, wenn die Aufführbarkeit der Oper am Mangel einer richtigen Bearbeitung gescheitert, denn die Musik ist der anpruchlossten kleinen Handlung, die die lustige Befreiung eines Frauenjüngers durch allerlei Mitten der „verstellten Einfachheit“ darstellt, ist sowohl in den technischen wie in den wenigsten lyrischen Teilen sehr wertvoll. Schon die Musik an sich, denn wir bewundern die melodische Führung der Singstimmen sowohl im Solo wie im Ensemble ebenso freudig, wie die wunderbar zarte, fast kammermusikalische und doch schon so farbige Instrumentation. Interessant aber ist es auch, wie Mozart zwar auf der Suche der alten Meister (z. B. Bach in seinen Suiten) aufbaut, aber doch schon ganz seine später so charakteristische Eigenart zeigt und feinnährig seine Sätze und Themen zu seinen späteren Opern (z. B. Figaros Hochzeit) voraussetzt. Jedenfalls erkennt man schon aus der Oper des Zwölfjährigen, daß hier ein Supergenie schlief sich Bahn brach, der berufen war, in seinem Werk den Weg zur deutschen Oper mitzugewinnen.

Das Babische Landesheater zu Karlstraße, das die Aufführung, die für die Definitivität eine Aufführung ist, im Rahmen der Karlstraße Herbstwoche als 5. Abend des Musikfestes bestimmt hatte, setzte auch wirklich seine besten Kräfte ein, um dem Werk zum vollen Sieg zu verhelfen. So erntete sowohl das ausgezeichnete spielende Orchester unter der vortrefflichen Leitung von Fritz Gorkow als auch die Solistinnen (die Damen Marie von Czerny, Hete Stecher und Hanna Rodweg wie die Herren Franz Schierdt, Alfred Wlach, Karl Wiesen und Hans Bussard) dank ihrer vorzüglichen Laune in Gesang und Spiel den nimmermüden Beifall eines zahlreichen Publikums. Für die Bühnenbilder im Hoftheater zeichnete Emil Burkard, für die reizenden Kostüme Margarete Schellenberg. Mit den Sängern, dem Dirigenten und dem Intendanten Robert Volkner mußte auch der verdienstvolle Bearbeiter Anton Kubold ph immer wieder vor der Lampe erscheinen. Der größte Ruhm dieser Aufführung aber gebührt einem Toten: Mozart!

H. Rodt